

# ***FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN***

154. Tagung der Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
am 27. Oktober 2010

## **Antrag 01**

### **Abschalten der Schrottreaktoren in der EU**

**Die AK-Wien spricht sich für strengere Sicherheitsvorschriften bei den Europäischen Atomkraftwerken sowie eine sofortige Stilllegung aller veralteten Reaktoren in der EU aus.**

Wie die aktuelle Entwicklung der Kernkraftwerksbetreiber in Deutschland zeigt, werden immer mehr alte schrottreife Atomreaktoren in der EU betrieben. Das sicherste Kernkraftwerk ist zwar unserer Meinung nach wie vor eines das nicht betrieben wird, es gibt aber leider derzeit keine verbindliche EU-Regelung, die die Staaten zum Ausstieg aus der Kernkraft zwingt. Aus der Sicht Österreichs aber wäre es hier die Aufgabe der Euratom Behörde, wenn schon Kernkraftwerke betrieben werden, dass diese nur nach den neuesten und strengsten Sicherheitsvorschriften betrieben werden dürfen. Alte unsichere Reaktoren müssen sofort abgestellt werden. Es kann nicht sein dass Staaten, die auf Atomkraft verzichtet haben, nur aus profaner Profitgier der Atomlobby zusätzlich gefährdet werden. Eine Verlängerung der Laufzeit von veralteten Reaktoren in Deutschland, die noch nach der Bauart des Zwentendorf-Reaktors errichtet wurden, und daher längst nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen, ist eine weitere akute Gefährdung der Sicherheit Österreichs. Als Mitglied der Euratom sollte hier Österreich dahingehend initiativ werden, dass Kernkraftwerke in Europa nur mehr nach den allerstrengsten Sicherheitskriterien betrieben werden dürfen, und veraltete Reaktoren nicht weiterbetrieben werden dürfen.

Die AK fordert daher alle zuständigen Stellen und die PolitikerInnen auf in diesem Sinne tätig zu werden. Sollte die Euratom hier nicht tätig werden, könnte man auch ein Aussetzen der Zahlungen Österreichs an diese Organisation überlegen, da es sich bei dem Betrieb von Schrottreaktoren um eine für Österreich unzumutbare Gefährdung handelt, die nicht auch noch mit österreichischen Steuergeldern unterstützt werden sollte.